

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Kalkar am

15. September 2016

Auf Einladung der Bürgermeisterin Dr. Schulz sind die nachstehend Genannten um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses versammelt:

Die Bürgermeisterin:	Dr. Schulz, Britta	Forum Kalkar
Die Ratsmitglieder:	Altenburg, Dirk	Forum Kalkar
	Arntz-Klopf, Margarete	Forum Kalkar
	Ekers, Kai-Uwe	SPD
	Görden, Hans-Wilfried	CDU
	Gulan, Boris	FDP
	Hell, Hubert	Forum Kalkar
	Klein, Dietmar	Forum Kalkar
	Kohl, Kirsten	CDU
	Kühnen, Lutz	Forum Kalkar
	Kunisch, Willibald	GRÜNE
	Lamers, Stefan	Forum Kalkar
	Leusch, Klaus-Dieter	CDU
	Märker, Irene	CDU
	Pageler, Günter	FBK
	Peters, André	CDU
	Peters, Johannes	Forum Kalkar
	Rottmann, Karl-Heinz	CDU
	Schwaya, Walter	SPD
	Untervoßbeck, Hermann	Forum Kalkar
	van Aken, David	Forum Kalkar
	van de Löcht, Marco	SPD
	van den Boom, Winfried	SPD
	van Laak, Paul	Forum Kalkar
	Verhalen, Christel	GRÜNE
	Wenten, Jürgen	FBK
	Willemsen-Haartz, Irmgard	Forum Kalkar
	Wolters, Wilhelm	CDU
Von der Verwaltung:	Stadtoberbaurat Sundermann, Frank	
	Stadtverwaltungsrat Jaspers, Stefan	
	Stadtangestellter Stechling, Andreas	
	Stadtangestellter Münzner, Harald	
Entschuldigt fehlen:	Boßmann, Ansgar	CDU
	Mosler, Birgit	SPD
	Naß, Carsten	CDU
	Reumer, Theodor	CDU
	Schopen, Heinz	GRÜNE
Der Schriftführer:	Stadtamtsrat Angenendt, Heinz	

Bürgermeisterin Dr. Schulz eröffnet die Sitzung und stellt den form- und fristgerechten Eingang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 09.09.2016 gemäß der Hauptsatzung öffentlich bekanntgemacht.

RM Pageler erklärt, dass die FBK-Fraktion ihren Antrag vom 01.06.2016 bezüglich Einstellung eines Mitarbeiters auf Basis einer geringfügig entlohnten Beschäftigung zurückzieht und beantragt, Punkt 11. daher von der Tagesordnung abzusetzen.

RM Leusch beantragt für die CDU-Fraktion, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt „Ehemaliges Dienstfahrzeug des Bürgermeisters der Stadt Kalkar (ohne DS)“ zu erweitern.

Gegen diese Änderungen werden keine Einwände seitens des Rates erhoben.

Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Der Rat der Stadt berät sodann folgende geänderte

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen
2. Ersatzwahlen zu den Fachausschüssen des Rates (DS-Nr. 10/291)
3. Benennung eines Vorsitzenden für den Ausschuss Sondervermögen Abwasser (DS-Nr. 10/292)
4. Beantwortung einer „Anfrage zur möglichen Verbesserung der städtischen Haushalts-situation“ (DS-Nr. 10/272)
 - Sachstandsbericht
5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 072 – Kurfürstendamm/ Teilbereich 1 (DS-Nr. 10/274)
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB
6. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 053 – Mischgebiet Prostewardsweg (DS-Nr. 10/275)
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB
7. 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 069 – Gewerbegebiet „Auf dem großen Damm“ (DS-Nr. 10/273)
 - Beschluss über die Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
8. Aufstellung einer Satzung gemäß § 34 Absatz 4 Nr. 2 BauGB - Talstraße (DS-Nr. 10/277)
 - Aufstellungsbeschluss
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger TÖB gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

9. 20. Änderung des Bebauungsplans Nr. 006 – Schwanenhorst (DS-Nr. 10/282)
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
10. Moderierte Veranstaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung in der Stadt Kalkar“ (DS-Nr. 10/281)
11. Mitteilungen
12. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung
13. Einwohnerfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14. Ehemaliges Dienstfahrzeug des Bürgermeisters der Stadt Kalkar (ohne DS)
15. Mitteilungen
16. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen

- 1.1 Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, nimmt Bezug auf die Informationsveranstaltung zum städtischen Haushalt am 28.06.2016 und trägt wie folgt vor:

„Ziel der Veranstaltung war eine ‚allgemein verständliche Darstellung des städtischen Haushaltes ...‘

Bedauerlicherweise sah sich Herr Jaspers nicht in der Lage, meine vorab gestellten Fragen zu beantworten. Das ist mehr als dürftig. Ich kann aber davon ausgehen, dass alle, die anwesend waren, nun als hinreichend kompetent angesehen werden dürfen. Frau Bürgermeisterin war anwesend.

Im Nachgang hatte ich um diverse Schriftstücke gebeten, die ich auch im Bereich von Herrn Jaspers einsehen durfte. Nicht einsehen durfte ich den GPA-Bericht von 2012, den ich mir dann anderweitig besorgt habe.

Hierbei ist mir aufgefallen, dass viele dort enthaltene Empfehlungen einfach keinerlei Beachtung und Niederschlag gefunden haben im städtischen Handeln, weder unter dem verflochtenen BM Fonck, noch unter der stärksten Fraktion Forum Kalkar, noch unter der Bürgermeisterin Dr. Britta Schulz.

Stattdessen wird immer weiter gewurstelt wie bisher, obwohl der politische Anspruch eher auf Konsolidierung stand.

Welche Gründe können grob schematisch angegeben werden für diese permanente Ignoranz? Was ist die politische Zielsetzung?“

BM Dr. Schulz antwortet, dass sie nicht sagen könne, wo Ignoranz vorliegen soll.

- 1.2 Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, trägt wie folgt vor:

„Auf der Einnahmeseite der Stadt stehen zahlreiche verbuchte Zuwendungen, z. T. zweckgebundene, wie die Schulpauschale.

In seiner Rede zum Nachtragshaushalt hat der Kämmerer Herr Jaspers zu den Aufwendungen zum Schulzentrum ausgeführt:

2. Reduzierung des Rates auf die Mindestgröße von 26 Mitgliedern:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieses Thema nicht weiter verfolgt wird.

3. Wegfall der Übernahme des Eigenanteils am SchokoTicket für Grundschülerinnen und Grundschüler:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme, dass dieses Thema nicht weiter verfolgt wird.

4. Zuschüsse an Dritte gemäß der Auflistung im Vorbericht zum aktuellen Haushaltsplan:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieser Themenbereich nicht weiter verfolgt wird.

5. Repräsentationskosten:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieser Themenbereich nicht weiter verfolgt wird.

6. Erstattung von Personalkosten an die evangelische Kirche für Jugendarbeit:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme, dass dieses Thema nicht weiter verfolgt wird.

7. Mitgliedschaft Euregio Rhein-Waal:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieses Thema nicht weiter verfolgt wird.

8. Unterhaltung Weihnachtsbeleuchtung:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, dass dieses Thema nicht weiter verfolgt wird.

• **Einnahmeerhöhung:**

1. Erhöhung der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer):

BM Dr. Schulz verweist darauf, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.06.2016 Einvernehmen dahingehend bestand, dass die Verwaltung zum Ende des Jahres hierzu eine Drucksache vorlegen wird.

2. Einführung einer Zweitwohnungssteuer:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme, dass dieses Thema weiter zu verfolgen ist.

3. Erweiterung der Eigenkapitalverzinsung beim Sondervermögen Abwassersammlung und in Abstimmung mit der Stadt Rees auch beim Zweckverband Abwasser durch die Kalkulation der Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungszeitwert:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieses Thema weiter zu verfolgen ist.

4. Flächendeckende Erhebung von öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Entgelten für städtische Leistungen an Dritte:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig, dass dieses Thema weiter zu verfolgen ist.

5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 072 – Kurfürstendamm/ Teilbereich 1 (DS-Nr. 10/274)

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 01.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 072 - Kurfürstendamm/Teilbereich 1 - wird, wie in den Anlagen 1 und 2 zur Drucksache dargestellt, beschlossen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gefasst.

Zielstellung ist die Neufestsetzung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten sowie die Änderung der überbaubaren Grundstücksflächen auf den Flurstücken Gemarkung Altkalkar, Flur 7, Flurstücke 71, 296, 297, 298, 299, 300 und 301 zur besonderen Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, der Belange der Wirtschaft sowie der Gestaltung des Ortsbildes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes.

6. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 053 – Mischgebiet Prostewardsweg (DS-Nr. 10/275)

- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB

BM Dr. Schulz verliest den Beschlussvorschlag gemäß der Drucksache, wie er auch vom Fachausschuss empfohlen wurde.

Diesem Beschlussvorschlag stimmt der Rat der Stadt mit 17 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Nachdem festgestellt wurde, dass insgesamt 28 Stimmberechtigte anwesend sind, lässt BM Dr. Schulz erneut über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Daraufhin beschließt der Rat der Stadt aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 01.09.2016 mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen:

Die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 053 - Mischgebiet Prostewardsweg - wird, wie in den Anlagen 1 und 2 zur Drucksache dargestellt, beschlossen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gefasst.

Zielstellung ist die Änderung von überbaubaren Grundstücksflächen sowie der Art der baulichen Nutzung auf Teilen der Flurstücke Gemarkung Wissel, Flur 7, Flurstücke 32 und 268 zur besonderen Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, der Belange der Wirtschaft sowie der Gestaltung des Landschaftsbildes.

7. 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 069 – Gewerbegebiet „Auf dem großen Damm“ (DS-Nr. 10/273)

- Beschluss über die Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 01.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird - wie in der Anlage 2 zur Drucksache dargestellt - Stellung genommen.

Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 069 - Auf dem Großen Damm - wird, wie in der Anlage 3 zur Drucksache dargestellt, als Satzung beschlossen. Der Satzung wird die Begründung gemäß Anlage 1 beigefügt.

Zielstellung ist die Neufestsetzung von Dachformen in einem Teilbereich des Flurstücks Gemarkung Altkalkar, Flur 18, Flurstück 62 zur besonderen Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft und der Gestaltung des Ortsbildes.

8. Aufstellung einer Satzung gemäß § 34 Absatz 4 Nr. 2 BauGB - Talstraße (DS-Nr. 10/277)
- Aufstellungsbeschluss
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstiger TÖB gem. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 01.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Aufstellung der Satzung gemäß § 34 Absatz 4 Nr. 2 BauGB - Talstraße - wird, wie in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt, beschlossen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB gefasst.

Zielstellung ist die Klärung der Zulässigkeit von Vorhaben auf den Flurstücken Gemarkung Kalkar, Flur 15, Flurstücke 14, 15, 16, 111, 149, 155, 158, 160, und 162.

Ein Ratsmitglied war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Ratssaal anwesend; somit waren 27 Ratsmitglieder anwesend.

9. 20. Änderung des Bebauungsplans Nr. 006 – Schwanenhorst (DS-Nr. 10/282)
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 01.09.2016 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Aufstellung der 20. Änderung des Bebauungsplans Nr. 006 - Schwanenhorst - wird, wie in den Anlagen 1 und 2 zur Drucksache dargestellt, beschlossen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und über die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gefasst.

Zielstellung ist die Änderung von überbaubaren Grundstücksflächen auf den Flurstücken Gemarkung Kalkar, Flur 18, Flurstücke 15, 16, 17 und 93 zur besonderen Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung.

10. Moderierte Veranstaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung in der Stadt Kalkar“ (DS-Nr. 10/281)

BM Dr. Schulz erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Drucksache.

In der sich anschließenden Beratung lehnen RM Leusch für die CDU-Fraktion und RM Gulan den Beschlussvorschlag ab und verweisen dabei insbesondere auf die bereits jetzt bestehenden Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Dahingegen sprechen sich die anderen Fraktionen dafür aus, dass zunächst die Stiftung Mitarbeit kostenfrei in einer Sitzung des Rates die Modalitäten einer eventuellen Informationsveranstaltung „Bürgerbeteiligung in der Stadt Kalkar“ sowie den Verlauf des möglichen Prozesses „Kalkar auf dem Weg zu einer bürgerorientierten Kommune“ vorstellt, um anschließend das Thema weiter zu beraten und zu entscheiden.

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen:

In der übernächsten Sitzung des Rates der Stadt informiert die Stiftung Mitarbeit über die Rahmenbedingungen und grundsätzlichen Voraussetzungen einer Veranstaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung in der Stadt Kalkar“ sowie über den Verlauf des möglichen Prozesses „Kalkar auf dem Weg zu einer bürgerorientierten Kommune“.

11. Mitteilungen

- 11.1 BM Dr. Schulz berichtet über ein gemeinsames Gespräch der Verwaltung mit den Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen, RM Gulan sowie Vertretern der ehrenamtlichen Helfer zum Thema Flüchtlingsbetreuung am 12.09.2016. Dabei wurde von der Verwaltung ein Konzept für die dringend erforderliche Entlastung der Sachbearbeiterinnen in diesem Aufgabengebiet, für die notwendige Betreuung der derzeit 56 Wohnungen, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, sowie für die Koordination zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Helfern vorgestellt, das sich innerhalb des veranschlagten Personalkostenbudgets bewegt und nun umgesetzt werden soll.
- 11.2 BM Dr. Schulz weist auf das Strukturprogramm REGIONALE hin, das alle zwei bis drei Jahre vom Land ausgeschrieben wird und mit dem Projekte gefördert werden, die für eine ganze Region vorteilhaft sind. Für dieses Programm bewirbt sich auch der Kreis Kleve gemeinsam mit dem Kreis Wesel, der Stadt Duisburg und weiteren Institutionen, wobei die Federführung bei der Regional-Agentur NiederRhein liegt. In einem sog. „Letter of Intent“ habe sie für die Stadt Kalkar eine positive Absichtserklärung zur Beteiligung der Stadt an dem Projekt abgegeben, ohne dass damit bereits Verpflichtungen eingegangen wurden.
- 11.3 Stadtangestellter Stechling verweist darauf, dass zur Verkehrsberuhigung auf der Neulouisendorfer Straße im Stadtteil Neulouisendorf probeweise jeweils eine Fahrbahnverengung im Bereich der Ortsein- und -ausfahrt eingerichtet wurde. Nach einer einjährigen Probezeit habe sich jedoch gezeigt, dass diese Maßnahme zu keiner wesentlichen Änderung der dortigen Verkehrssituation geführt hat. Nach vorherigen Gesprächen mit der Polizei und dem Straßenverkehrsamt des Kreises wurde auf einer weiteren Einwohnerversammlung in Neulouisendorf von der Verwaltung vorgeschlagen, innerorts bis zu vier Fahrbahnverengungen einzurichten, wobei den Anwohnern angeboten wurde, selbst Vorschläge für die jeweiligen Standorte zu machen. Die Versammlung beauftragte jedoch die Verwaltung hierzu ein Konzept zu erstellen. Dieses von der Verwaltung daraufhin erstellte Konzept soll nun durch Aushang im Gemeindehaus Neulouisendorf bekanntgemacht und dann umgesetzt werden.
- 11.4 Stadtangestellter Stechling verweist darauf, dass der Ausschuss für Feuer- und Katastrophenschutz die Verwaltung beauftragt hat, vom Kreis Kleve Einsatzstatistiken anzufordern, aus denen sich die tatsächlich realisierten Hilfsfristen des Rettungsdienstes für das gesamte Stadtgebiet nachvollziehen lassen.

Er verliest die wesentlichen Aspekte des hierzu zwischenzeitlich eingegangenen Antwortschreibens des Kreises Kleve.

Das Schreiben des Kreises ist der Niederschrift als *Anlage* beigelegt.

- 11.5 Stadtangestellter Münzner weist auf die Eröffnung der Jubiläumsausstellung am 25.09.2016 anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Städtischen Museums Kalkar sowie die Ausstellungseröffnung im Museum Haus Sabisch am Taubenturm am 06.10.2016 hin.
- 11.6 Stadtangestellter Münzner teilt mit, dass die 2. Auflage des Prospekts „Ein Flügel für Kalkar“ erstellt wurde, in dem auf sechs Veranstaltungen bis Januar 2017 hingewiesen wird. Den Auftakt der Veranstaltungsreihe bildet ein Konzert des Goeyvaerts Trio am 29.09.2016.
- 11.7 Stadtangestellter Münzner teilt mit, dass anlässlich der Verleihung der Stadtrechte vor 775 Jahren im kommenden Jahr zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet vorgesehen sind und hierzu bereits erste Treffen mit Kalkarer Vereinen und Institutionen stattgefunden haben. Die Verwaltung werde die Planungen für das Jubiläumsjahr im Ausschuss für Kultur und Tourismus eingehend vorstellen.
- 11.8 Stadtoberbaurat Sundermann teilt mit, dass der Verwaltung seitens eines beauftragten Fachbüros ein städtebauliches Strukturkonzept von unbebauten Grundstücken der Stadt und der Stadtentwicklungsgesellschaft Kalkar mbH (SEG) vorgelegt wurde. Dieses Konzept soll in einer gemeinsamen Sitzung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung und des Aufsichtsrates der SEG vorgestellt werden. Diesbezüglich werde zu gegebener Zeit eine entsprechende Einladung erfolgen.
- 11.9 RM Wolters weist auf die Veranstaltung „Boeren-Treck-Spektakel“ am 17. und 18.09.2016 im Wunderland Kalkar hin.
- 11.10 RM Kühnen teilt mit, dass zum „Tag des offenen Denkmals“ die ersten Denkmalplaketten an eingetragenen Baudenkmalern im Stadtgebiet angebracht wurden.

12. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

- 12.1 RM Kühnen fragt unter Verweis auf die Mitteilung des Stadtangestellten Münzner zu der Neuauflage des Prospekts „Ein Flügel für Kalkar“ (Punkt 11.6 der Niederschrift) nach dem Stand der Finanzierung des Flügels.

Stadtangestellter Münzner antwortet, dass bisher etwa 1/3 der Kosten von ca. 29.000,00 € für den neuen Flügel finanziert sind. Durch die in dem neuen Flyer angekündigten Veranstaltungen, den weiteren symbolischen Verkauf von Tasten sowie das Einwerben von Spenden werden weitere Einnahmen erwartet.

- 12.2 RM Kühnen verweist auf die Ausführungen in dem Schreiben des Kreises Kleve bezüglich statistischer Daten zum Rettungsdienst (Punkt 11.4 der Niederschrift) und fragt, wie die Aussage des Kreises zu verstehen sei, dass zwar alle Daten erfasst werden, diese aber nicht auswertbar sind.

Hierzu merkt RM Gulan an, dass auch schon in der Vergangenheit der für den Rettungsdienst zuständige Ausschuss des Kreises auf ähnliche Anfragen nicht bereit war, die entsprechenden Daten herauszugeben.

- 12.3 Aufgrund eines entsprechenden Hinweises des RM Altenburg entschuldigt sich BM Dr. Schulz dafür, dass die vorgesehene Kranzniederlegung im Stadtteil Wisel nicht stattgefunden hat.
- 12.4 RM Wolters verweist auf seine Frage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.09.2016 bezüglich des Anschlusses des Gewerbegebietes an der Kastellstraße an das Glasfasernetz durch das Unternehmen Deutsche Glasfaser (Punkt 5.1 der Niederschrift) und fragt hierzu nach dem Sachstand.

BM Dr. Schulz antwortet, dass man sich hier derzeit in der Phase 1 befindet und diese die Gewerbegebiete nicht umfasst; grundsätzlich sei aber auch der Anschluss von Gewerbegebieten vorgesehen.

RM Wolters regt an, dass der Wirtschaftsförderer diesbezüglich Kontakt mit dem Unternehmen aufnehmen sollte; wichtig sei, Interesse an einem Anschluss an das Glasfasernetz zu zeigen.

Hierzu führt BM Dr. Schulz aus, dass es zunächst zwingend erforderlich ist, dass im Siedlungsbereich eine Anschlussquote von 40 % der Haushalte erreicht wird; nur dann würde seitens des Unternehmens auch ein Anschluss von Gewerbegebieten ins Auge gefasst.

13. Einwohnerfragen

- 13.1 Auf entsprechende Frage des Herrn Udo van Hest, Rosenstraße 32, Kalkar, erläutert Stadtangestellter Stechling, dass nur die Polizei oder das Straßenverkehrsamt des Kreises Geschwindigkeitskontrollen durchführen dürfen. Es komme relativ häufig vor, dass sich Bürger mit der Bitte an das städtische Ordnungsamt wenden, an bestimmten Stellen im Stadtgebiet Kontrollen durchzuführen. Polizei und Straßenverkehrsamt verweisen in diesem Zusammenhang regelmäßig darauf, dass aus Kapazitätsgründen überwiegend an Unfallhäufigkeitsstellen Verkehrskontrollen möglich sind.
- Zu den Geschwindigkeitsmessungen auf der Neulouisendorfer Straße führt er aus, dass dort - insbesondere wohl auch wegen des geraden Straßenverlaufs - häufig zu schnell gefahren wird, was durch die durchgeführten Messungen auch eindeutig bestätigt wurde. Die Geschwindigkeitsmessungen von Polizei und Straßenverkehrsamt hätten jedoch nicht zu einer Veränderung des Verhaltens der Autofahrer geführt; daher würden dort jetzt in Abstimmung mit den Bürgern von Neulouisendorf die Fahrbahnverengungen eingerichtet.
- 13.2 RM van Laak erklärt, dass er als Einwohner der Stadt eine Frage stellt und erkundigt sich, ob bezüglich eines Radweges auf dem Deich seitens der Verwaltung noch etwas unternommen wird.

Stadtoberbaurat Sundermann antwortet, dass die Verwaltung in der Vergangenheit diesbezüglich mehrere Versuche unternommen hat, die jedoch alle nicht zu einem Ergebnis geführt haben, und dieses Thema daher seitens der Verwaltung derzeit auch nicht weiterverfolgt wird.

Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Die Bürgermeisterin:

Der Schriftführer:

Dr. Schulz

Angenendt